

Warum wir Europa brauchen

**Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff
anlässlich der Veranstaltung der Europa-Union Deutschland
„60 Jahre Bürgerinitiative für Europa: Syke im Zeichen Europas“
09.12.2006 in Syke**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT! / SPERRFRIST ENDE DER REDE

Anrede,

die Europäische Union ist zu einem selbstverständlichen Bestandteil unseres politischen Lebens geworden. In nahezu allen Politikbereichen mischt Brüssel kräftig mit. Viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger nehmen aber nur die großen europäischen Themen wahr: Erweiterung, Verfassung, Beteiligung an Friedensmissionen im Ausland.

Tatsache ist, dass die Entscheidungen der EU uns ganz konkret in unserem Alltag beeinflussen. Erst vor wenigen Tagen habe ich in Brüssel mit den zuständigen Kommissaren u.a. über Forschungsfragen und Naturschutz in Niedersachsen gesprochen.

Experten schätzen, dass etwa 70 % der Gesetzgebung in Deutschland Umsetzung von EU-Richtlinien ist, also Folge von Entscheidungen, die wir zuvor mit unseren Partnern in der EU gemeinsam getroffen haben. Entscheidungen, die dann von den nationalen Regierungen und Parlamenten in nationales Recht umgesetzt werden.

So wachsen wir in Europa zusammen zu einem großen Wirtschaftsraum, einem Raum gleichen Rechts, in weiten Teilen sogar schon mit einer gemeinsamen Währung. Viele Menschen, gerade auch in Deutschland hatten große Zweifel, ob die Einführung des Euro wirklich gut ist für unser Land. Heute können wir feststellen: Die Währungsunion ist eine Erfolgsstory, auch wenn viele von uns den Euro immer noch als „Teuro“ empfinden.

Es ist auch immer noch so, dass die EU in der Öffentlichkeit häufig erst dann wahrgenommen wird, wenn es Probleme gibt. Über das Gute, was sie tut, auch konkret hier in Niedersachsen, wissen die meisten Menschen viel zu wenig. Gut getan haben z.B.

unserem Land in der jetzt auslaufenden Förderperiode der EU-Strukturfonds die rund 1,7 Mrd.€, die wir beispielsweise in Wirtschaftsförderung, Umweltschutzmaßnahmen und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren konnten.

Das Schöne an diesen Mitteln ist, dass sie sich vervielfältigen: Sie ziehen Bundes-, Landes-, kommunale und sonstige öffentliche und private Kofinanzierungen an. Mit diesem Geld konnten sich niedersächsische – vor allem kleine und mittlere – Unternehmen auf die Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes und die Globalisierung vorbereiten und ihre Positionierung im EU-Binnenmarkt optimieren.

Für die kommende Förderperiode von 2007 bis 2013 wurde die Förderstruktur gestrafft und auf 3 Ziele reduziert. Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie europäische territoriale Zusammenarbeit. Im Zuge der Erweiterung gab es viele Befürchtungen, dass die Fördermittel der EU nun überwiegend nach Osteuropa fließen. Tatsache ist, dass die EU auch den „alten“ Mitgliedstaaten weiterhin Gutes tut: Niedersachsen wird in der kommenden Förderperiode mit insgesamt gut 2,5 Mrd. € deutlich mehr Mittel aus den EU-Strukturfonds erhalten als in den vergangenen Jahren.

Vor allem aber hat die europäische Einigung eines bewirkt: dass wir in Europa auf eine über 60 Jahre andauernde Periode des Friedens zurückblicken können.

Das ist nicht selbstverständlich. Immer wieder haben die Staaten Europas versucht, ihre Interessenkonflikte – seien es Grenzstreitigkeiten, Handelsfragen oder auch pures Machtstreben – mit Waffengewalt zu lösen. Nach den verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs haben viele verantwortliche Politiker nach Wegen gesucht, wie unterschiedliche nationale Interessen dauerhaft auch auf friedliche Weise geklärt werden können. Das Zauberwort hieß Europa, europäische Zusammenarbeit.

Aber bevor die Politiker handelten und in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts den Grundstein für die europäische Einigung legten, schlossen sich bereits Bürgerinnen und Bürger zusammen, die sich im Interesse des Friedens und der Freiheit der europäischen Idee verschreiben wollten. Und so kam es bereits 1946 hier in Syke zur Gründung der Europa-Union, die sich heute zu Recht als eine überparteiliche Bürgerinitiative für Europa bezeichnet. Herzlichen Glückwunsch zum 60-jährigen Jubiläum!

Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, dass die Gründung der Europa-Union Deutschland in Niedersachsen stattgefunden hat. Das zeigt, dass wir schon damals in vielen Fragen die Nase vorn hatten.

So selbstverständlich heute vielen die Europäische Union ist, so wagemutig und idealistisch waren die Gründungsväter der Europa-Union.

Um sie herum lag das Land, lag Europa in Trümmern. Von Völkerfreundschaft war da noch wenig zu spüren. Grenzbäume gab es nicht nur an den Landesgrenzen, sondern auch – immer noch – in vielen Köpfen.

Die Europa-Union trat an, das zu überwinden. Grenzbäume und Grenzkontrollen sollten verschwinden. Man könnte auch sagen: Das europäische Schlachtfeld sollte ersetzt werden durch einen europäischen runden Tisch.

Anrede,

aus Europa ist zweifellos eine Erfolgsstory geworden. Dennoch – das möchte ich hier deutlich hervorheben – wird die Europa-Union auch weiterhin gebraucht.

Wirklich bestehen kann Europa nur, wenn es von seinen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird, wenn die Menschen sich mit Europa identifizieren. Wir werden immer verschiedene europäische Nationen bleiben, aber wir werden nur dann dauerhaft in Frieden und Wohlstand leben können, wenn wir gleichzeitig auch das gemeinsame Gefühl entwickeln, Europäer zu sein.

Um das zu erreichen, brauchen wir engagierte Menschen, brauchen wir aktive Bürgerinnen und Bürger, die europäische Projekte auf den Weg bringen, Europa voranbringen, es den Menschen näher bringen. Und deswegen sage ich an dieser Stelle: Wir, die Niedersächsische Landesregierung und ich persönlich als Ministerpräsident – werden die Europa-Union auch in Zukunft so unterstützen, wie es uns in der Vergangenheit Verpflichtung war.

Die Menschen werden Europa weder verstehen noch weiterentwickeln können, wenn sie die Wurzeln Europas nicht kennen. Wir müssen, wie die Gründungsväter der Europa-Union, aus den Erfahrungen der Vergangenheit die richtigen Schlüsse ziehen. Edgar Morin, einer der

bedeutendsten französischen Denker der Gegenwart, hat in seinem Essay „Europa denken“ dies sehr treffend beschrieben: - ich zitiere –

„Wir müssen die Vergangenheit retten, damit die Zukunft gerettet werden kann. Wir müssen uns wieder in Europa verwurzeln, um uns für die Welt zu öffnen, ebenso wie wir uns für die Welt öffnen müssen, um uns in Europa zu verwurzeln.“ Und Morin plädiert dabei für eine „zweite Renaissance“ Europas, in der die kulturelle Erneuerung und die politische Erneuerung miteinander verknüpft werden. Das finde ich einen ganz wesentlichen Gedanken!

Dabei sollte man bei allem wohlverstandenen Idealismus nicht zu sehr in Euphorie verfallen, sondern nüchtern bleiben. Denn der „Europäische Auftrag“ und die nationalen oder auch regionalen Interessen sind nicht immer deckungsgleich. Das wird auch in Zukunft so sein. In nicht wenigen Fällen stehen sie im Konflikt zueinander. Wir erleben es z.Zt. im Großen sehr deutlich: In der Frage eines Beitritts der Türkei zur EU wie auch der Blockade eines Abkommens mit Russland durch Polen. Harte Brocken für die anstehende Deutsche Präsidentschaft in der EU.

Aber wir erleben es auch im Kleinen: Etwa wenn Brüssel ganz andere Vorstellungen hat als wir in Niedersachsen, wo in unserem Land Natur- und Vogelschutzgebiete ausgewiesen werden sollen. Oder wenn Brüssel industriepolitische Entscheidungen treffen will, die sich nachteilig auf niedersächsische Unternehmen auswirken und damit Arbeitsplätze bei uns gefährden könnten.

Angesichts der überwiegend positiven Wirkungen der EU auch auf Niedersachsen wird sich niemand über unser Bekenntnis zur EU wundern. Für eine zentral in der Mitte Europas gelegene Region wie Niedersachsen ist ein einiges, friedliches und erfolgreiches Europa Herausforderung und Ziel zugleich.

Allerdings meinen wir, dass die EU regionalen und nationalen Besonderheiten zukünftig mehr Beachtung schenken muss. Allzu oft wurden in der Vergangenheit in Brüssel nicht nur die unterschiedlichen Interessen am runden Tisch verhandelt, sondern es wurden auch viele Entscheidungen am grünen Tisch getroffen.

Die schwierige Situation im Hinblick auf eine europäische Verfassung ist aus niedersächsischer Sicht nicht einer Ablehnung des europäischen Einigungsprozesses durch die Völker Europas geschuldet, sondern drückt deutliches Unbehagen der Menschen daran

aus, wie sich der Einigungsprozess in der Praxis vollzieht. Die richtige Balance zwischen einer notwendigen Stärkung der EU und der Berücksichtigung der Bindung der Menschen an ihre Mitgliedstaaten und Regionen erfordert eine Kompetenzabgrenzung, in der Europa zuständig ist für das, was nur europäisch entschieden werden kann (wie z.B. die europäische Verkehrspolitik, Luft- und Raumfahrtindustrie oder die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität). Was nicht notwendigerweise europäischer Regelung bedarf, gehört in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, bzw. der Regionen.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die Verfassungsdebatte eine besondere Rolle spielen. Niedersachsen hat dazu eigene Vorstellungen vorgelegt, gemeinsam mit anderen deutschen Ländern. Grundsätzlich wird der Verfassungsvertrag unterstützt. Allerdings ist ein öffentlicher Diskurs notwendig, in dem der Bevölkerung die neuen Regelungen verdeutlicht werden. Nur so kann erkannt werden, dass durch den Verfassungsvertrag die Europäische Union demokratischer, bürgernäher und handlungsfähiger würde.

Und hier möchte ich die Europa-Union ausdrücklich einladen, sich an diesem Diskurs zu beteiligen.

Ich denke, wir brauchen z.B. das im Verfassungsvertrag vorgesehene Frühwarnsystem, das uns rechtzeitig darauf hinweist, ob eine Regelung besser auf europäischer oder auf nationaler bzw. regionaler Ebene getroffen werden sollte. Das dürfte auch dazu beitragen, den Menschen den konkreten Mehrwert europäischer Maßnahmen und Regelungen zu verdeutlichen.

Für eine bessere Information und Teilhabe der EU-Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Entscheidungsprozessen ist es unbedingt erforderlich, in den Mitgliedstaaten über europapolitische Fragen bzw. Rechtsetzungsvorhaben der EU ebenso selbstverständlich und intensiv zu diskutieren wie über die nationale Politik. Als Beispiel mag die breite öffentliche Debatte über die sog. Dienstleistungsrichtlinie gelten.

Und auch dabei brauchen wir die Europa-Union. Sie sehen, es gibt genug Arbeit für weitere 60 Jahre. Europa ist keine Großbaustelle mehr, aber ein Haus, an dem noch viel zu tun ist. Die Statik ist gut, aber der eine oder andere Umbau und Anbau steht noch bevor. Lassen Sie uns gemeinsam weiterbauen an diesem europäischen Haus, damit wir es unseren Kindern und Kindeskindern gut bestellt übergeben können. Damit auch sie dauerhaft in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.